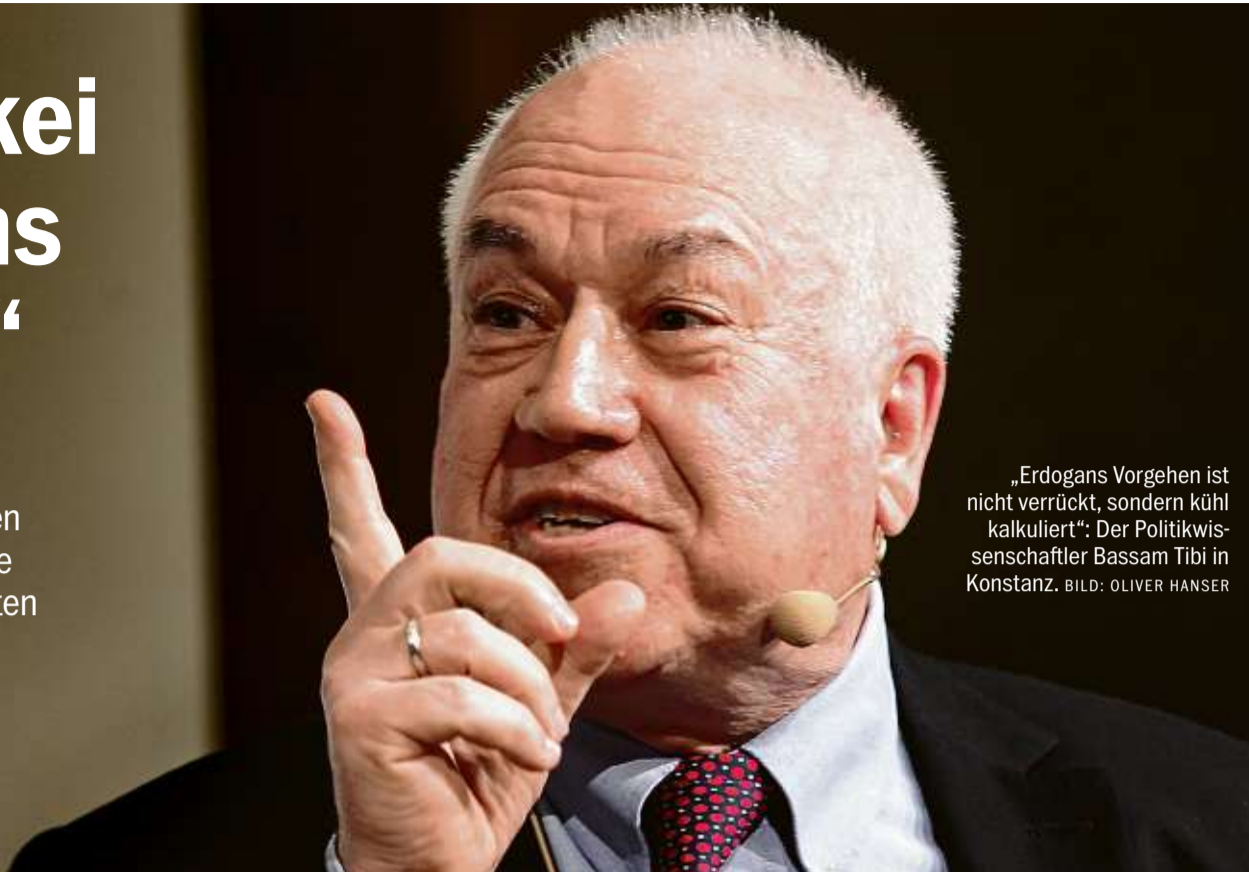


„Die Türkei ist für uns verloren“

Islam-Kenner Bassam Tibi über den Kurs der türkischen Führung, Erdogans Strategie und die Folgen für den Westen



„Erdogans Vorgehen ist nicht verrückt, sondern kühl kalkuliert“: Der Politikwissenschaftler Bassam Tibi in Konstanz. BILD: OLIVER HANSEN

Herr Tibi, der türkische Staatspräsident Erdogan beschimpft europäische Regierungschefs als Nazis und schlägt verbal um sich. Können Sie sein Verhalten erklären?

Sein Vorgehen ist nicht verrückt, sondern kühl kalkuliert. Erdogan polarisiert in einer strategischen Maßnahme in einem Gesamtkonzept. Er möchte in der Welt des Islam Anerkennung haben als jemand, der aufsteht und Europa die Stirn zeigt. Das ist die langfristige Perspektive – sie steht hinter seinem Verhalten. Auf kurze Sicht will er den Türken, die in Deutschland und anderen europäischen Ländern leben, demonstrieren, dass sie Türken sind und dass die Europäer gegen den Islam sind. Ich habe das Gefühl, dass er dieses Ziel bereits erreicht hat, deshalb verzichtet er auf weitere Wahlkampfauftritte.

Hätte die Bundesregierung von Anfang an energischer intervenieren müssen?

Meiner Meinung nach tritt die Bundesregierung nicht entschieden auf. Viele Menschen fragen mich: Ist die Bundesrepublik denn nicht stark genug, um gegenüber der Türkei massiver aufzutreten? Die Regierung in den Niederlanden war da klarer. Das wurde bei den Wahlen honoriert und die Rechten schnitten schlechter ab als befürchtet.

Erdogan droht den Europäern, sie seien auf der Straße künftig nicht mehr sicher. Wie bewerten Sie das?

Das ist eine terroristische Drohung. Wenn ich als Individuum so etwas sagen würde, könnte man mich vor Gericht stellen. Das überschreitet jede Grenze.

Überrascht es Sie, dass der türkische Geheimdienst in Deutschland türkische Oppositionelle aushorcht, zudem deutsche Bundestagsabgeordnete?

Wer die Arbeit von Geheimdiensten kennt, ist davon nicht überrascht. Die Kemalisten in der Türkei haben das auch getan, als sie an der Macht waren. Neu ist aber das Ausmaß.

Viele Deutsche haben Erdogans Partei, die AKP, lange für eine konservativ-islamische Partei gehalten, für eine Art türkische CDU. War das blauäugig? Oder

hat sich die AKP erst in jüngster Zeit radikalisiert?

Die AKP war von Anfang an eine islamistische Partei. Alle ihre Vorgängerparteien sind vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden, mit der Begründung, dass sie religiös sind. Die bisherige türkische Verfassung geht auf Kemal Atatürk zurück und ist deshalb radikal säkular. Sie verbietet jede religiöse Aktivität innerhalb der Politik. Ein Staatsanwalt hatte ein Ermittlungsverfahren gegen die AKP eingeleitet, weil Erdogan in seinen Reden religiöse Formeln verwandte – obwohl die AKP schon an der Macht war. Der Mann sitzt heute im Gefängnis.

Das heißt, im Gefängnis sitzen nicht nur Gülen-Anhänger, wie Erdogan sagt, sondern vor allem Kemalisten, die Verfechter der alten weltlichen Ordnung?

So ist es. 80 Prozent der Oppositionellen, die im Gefängnis sitzen, sind Kemalisten, nicht Gülen-Anhänger. Wer in der alten Türkei Offizier oder Richter werden wollte, musste kemalistisch sozialisiert sein und strikt auf dem Boden der Verfassung stehen. Jede Berührung mit dem Islamismus war ausgeschlossen. Die AKP sieht ihren Gegner nicht in der Gülen-Bewegung, die ja auch religiös ist, sondern in den Kemalisten. Sie sind es, die in den Gefängnissen sitzen. Es ist höchste Zeit, dass die europäischen Politiker das begreifen.

Wie glaubwürdig ist Erdogans Drohung, er könnte den Flüchtlingspakt aufkündigen und zwei Millionen Flüchtlinge auf den Weg nach Europa schicken, wenn die Europäer ihm zu laut widersprechen?

Diese Drohung ist eine leere Hülse. Die Zahl der Flüchtlinge, die über die Türkei kommen, ist zwar drastisch zurückgegangen – aber nicht wegen der türkischen Politik, sondern weil Ungarn, Mazedonien und andere Länder an der Balkanroute die Grenzen geschlossen haben. Das ist die Hauptursache für den Rückgang der Flüchtlingszahlen.

Was passiert, wenn die Türken am 16. April Nein zur neuen Verfassung sagen, die Erdogan mehr Macht geben soll?

Das wird nicht der Fall sein, weil das

Ergebnis der Abstimmung ohnehin gefälscht wird. Erdogan ist ein intelligenter Mann, im Deutschen würde man ihn ein Schlitzohr nennen. Das hilft ihm als Politiker sehr. Er weiß genau, wenn er dieses Referendum nicht besteht, dann verliert er den Boden unter den Füßen. Seine Autorität ist dann unwiderruflich beschädigt. Deshalb wird er nicht zulassen, dass er verliert. Ich gehe davon aus, dass das Ergebnis in seinem Sinne ausfallen wird. Aber ob es auf der Basis einer fairen Abstimmung zustande käme, das werden wir nie erfahren.

Und wenn Erdogan irgendwann doch noch stolpern sollte?

Hinter dieser Entwicklung steht nicht nur Erdogan. Man darf sie nicht personifizieren. Die AKP ist ein Riesenunternehmen, eine riesige Institution. Wenn Erdogan verschwindet, kommt ein anderer und macht dasselbe.

Wo sehen Sie die Türkei in zehn Jahren?

Die Türkei ist verloren – für die liberalen Muslime, für die Europäische Union, für die westliche Sicherheitspolitik. Für uns liberale Muslime war die Türkei mit ihrer weltlichen Staatsordnung immer ein Modell. Atatürk hat die Scharia abgeschafft und aus einer vormodernen Gesellschaft ein entwickeltes Land gemacht. Das alles wird heute rückgängig gemacht.

Trotzdem laufen die Verhandlungen zum EU-Beitritt offiziell weiter. Wie passt das zusammen?

Gar nicht. Ein Land, das sich so verhält, kann nicht Mitglied der Europäischen Union werden. Die Türkei erhält von der EU bis heute Geld zur Ausbildung von Richtern, obwohl diese Richter längst im Gefängnis sitzen. Es wäre Wahnsinn, ein solches Land in die EU zu lassen. Die Europäer wollen es leider immer noch nicht wahrhaben.

Und was wird aus der Türkei als Nato-Partner?

Die Türkei war traditionell ein Bollwerk gegen den Kommunismus und die Brücke des Westens zum Islam. Zur Abwehr des Kommunismus wird sie nicht mehr gebraucht und die Brückenfunktion ist nicht mehr glaubwürdig. Wenn

Erdogan sagt, ein Europäer dürfe sich künftig nicht mehr ohne Angst auf die Straße trauen, dann hetzt er Muslime gegen den Westen auf. Seine Politik ist eine Mobilisierung gegen den Westen.

Warum sind Türken, die in Deutschland leben oder sogar geboren wurden, für diese Propaganda so empfänglich? Sie wachsen ja in einem freien Land auf. Warum sind sie trotzdem mobilisierbar?

Die Deutschen haben es nicht geschafft, Fremden eine Identität, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu geben. Das ist in den USA anders – ich weiß, wovon ich rede. Viele junge Muslime in Deutschland haben Identitätsprobleme. Sie sagen: Wenn wir keine Deutschen sind, was sind wir dann? Erdogan gibt ihnen eine Identität, so wie übrigens auch der IS. Manche gehen zum Psychotherapeuten, andere zum IS.

FRAGEN: DIETER LÖFFLER

Zur Person

► **Bassam Tibi**, 72, ist syrischer Herkunft und zählt als Politikwissenschaftler zu den angesehensten Islam-Kennern weltweit. Er kam 1962 nach Deutschland, studierte in Frankfurt bei Horkheimer und Adorno und lehrte später als Professor in Göttingen sowie in Harvard/USA. Darüber hinaus hatte er zahlreiche Lehr- und Forschungsaufenthalte, unter anderem in Indonesien, Kamerun und der Türkei. Einem breiten Publikum bekannt wurde er durch Buchveröffentlichungen und Medienauftritte. Tibi ist bekennender Moslem.

► **Das Interview** fand am Rande zweier Vortragsveranstaltungen der Volkshochschule Konstanz und des Augustinums Überlingen statt.

► **Lesetipp:** Schon vor zehn Jahren analysierte Tibi die Lage in der Türkei und sah viele Entwicklungen voraus. „Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union“. Primus Verlag, 2007. 19,90 Euro.



Was hat Flynn zu erzählen?

Der Ex-Sicherheitsberater will auspacken, wenn ihm Immunität zugesagt wird. Das kann gefährlich werden – auch für Donald Trump

VON FRIEDEMANN DIEDERICHS

Washington – Es ist eine Nachricht, die wie eine Bombe einschlug: Trumps gefeuerter Sicherheitsberater Michael Flynn, der 2016 enge Kontakte zum russischen US-Botschafter Sergei Kisliak unterhielt und dann darüber die Unwahrheit sagte, will einem Bericht des „Wall Street Journal“ zufolge vor den Untersuchungs-Gremien des Kongresses und dem FBI auspacken – aber nur, wenn ihm Immunität gewährt wird. Nun rätselt ganz Washington: Was weiß Flynn über die einigen Trump-

Mitarbeitern von den Demokraten unterstellten Verabredungen mit Moskau zur Beeinflussung des Wahlausgangs? Wie weit ist der 58-Jährige bereit, auch Trump höchstpersönlich zu belasten? US-Medien weisen darauf hin, dass Flynn noch 2016 mit Blick auf Hillary Clintons E-Mail-Skandal betont hatte: Wer nach Straffreiheit frage, habe vermutlich auch ein Verbrechen begangen.

Der explosive Brief der Anwälte Flynns sei auch an das FBI gegangen, berichtete die konservativ ausgerichtete Zeitung. Damit verfolgt der frühere enge Mitarbeiter des Präsidenten offensichtlich die Absicht, sich an allen Fronten vor einer Strafverfolgung zu schützen. Sein Schachzug kommt zu einem Zeitpunkt, da vor allem der Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses mit seinen Ermittlungen zu

möglichen Absprachen von Trump-Vertrauten mit Moskau auf der Stelle tritt. Flynns Anwalt Robert Kelner versuchte nun, den Volksvertretern eine Straffreiheit mit den Worten schmackhaft zu machen, sein Mandant habe „eine Story zu erzählen“. Er wolle sie erzählen, „wenn es die Umstände erlauben“. Ob es brisante Aussagen sind, dazu gibt es keine Klarheit. Der US-Präsident sprach jedenfalls gestern in einem seiner Tweets davon, dass Flynn nach Straffreiheit fragen sollte, da es sich um eine „Hexenjagd der Medien und Demokraten“ handele. Ob Trump dabei klar war, dass auch Negatives ans Licht kommen kann?

Der frühere Sicherheitsberater des Präsidenten war von seinem Chef kurz nach Amtsantritt entlassen worden, nachdem er Vize-Präsident Mike

Pence über den Inhalt seiner Gespräche mit dem russischen Botschafter angefragt hatte. Interessant ist im Licht der jüngsten Entwicklung auch, dass letzte Woche das Magazin „National Enquirer“ Mike Flynn als „russischen Spion in Trumps Mitte“ bezeichnet hatte. Die Illustrierte zählt zwar nicht zu den glaubwürdigsten Publikationen des Landes und neigt zur Sensationslust, landet aber gelegentlich auch später bestätigte Enthüllungs-Geschichten. Präsident Trump und der Enquirer-Herausgeber David Pecker vom „American Media“-Konzern gelten seit Langem als gute Freunde. Und deshalb ist auch denkbar, dass das Magazin die Story über Flynn auf Drängen Trumps veröffentlichte, der einen Sündenbock für die vielfach kolportierten Moskau-Connections der Trump-Brigade sucht.



Michael Flynn war kurz der Sicherheitsberater des Präsidenten. Was weiß er über Verbindungen zu Russland? BILD: DPA